

**Außerordentlicher Landesparteitag  
zur Jugendpolitik  
5. März 1994  
Rheine, Stadthalle**

**Beschlußprotokoll**

**NRWSPD**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>		<b>Seite/n</b>
<b>TOP 1</b>	Eröffnung und Begrüßung	<b>1</b>
<b>TOP 2</b>	Konstituierung	<b>1 - 2</b>
<b>TOP 3</b>	Beschlußfassung über Tages- und Geschäftsordnung	<b>2</b>
<b>TOP 4</b>	Ansprache	<b>2</b>
<b>TOP 5</b>	Bericht der Mandatsprüfungskommission	<b>2</b>
<b>TOP 6</b>	Wahl der Landeskontrollkommission	<b>3</b>
<b>TOP 7</b>	Beratung und Beschlußfassung der Anträge	<b>3 - 24</b>
	- Antragsspiegel	<b>4</b>
	- Wortlaute der beschlossenen Anträge	<b>5 - 22</b>
<b>TOP 8</b>	Schlußwort	<b>22</b>
Anhang	- Rede des Landesvorsitzenden	

- 1 -

**Beginn: 10.15 Uhr****TOP 1****Eröffnung und Begrüßung**

Die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende **Gabriele Behler** eröffnete den außerordentlichen Landesparteitag zur Jugendpolitik und begrüßte die Anwesenden. Im Anschluß richtete der Bürgermeister der gastgebenden Stadt **Günter Thum** ein Grußwort an die Versammelten. Ein schriftliches Grußwort des DGB-Landesbezirks NRW lag vor.

**TOP 2****Konstituierung**

Es wurden vorgeschlagen und einstimmig gewählt bzw. bestätigt:

**PRÄSIDIUM**

Friedhelm-Julius	Beucher	Bezirk MR
Marlies	Pelster-Wend	Bezirk OWL
Christina	Riesenbeck	Bezirk WW/UB Steinfurt
Claudia	Rosenfeld	Bezirk NR
Svenja	Schulze	LV

**ANTRAGSKOMMISSION**

Ute	Berg	Bezirk OWL
Friedhelm-Julius	Beucher	LV
Ulrich	Ewering	Bezirk OWL
Helga	Giesselmann	Bezirk OWL
Jürgen	Hengst	Bezirk NR
Bernhard	Kasperek	LV
Roland	Katzy	Bezirk NR
Wilfried	Klein	Bezirk MR
Klaus	Kohts	Bezirk WW
Ralf	Krämer	LV
Wolfram	Kuschke	Bezirk WW
Karl-Heinz	Schmalzgrüber	Bezirk MR
Regina	Schmidt-Zadel	Bezirk NR
Birgit	Sippel	Bezirk WW
Erika	Töpfer	Bezirk MR

- 3 -

## TOP 6

### Wahl der Landeskontrollkommission

Die Wahl der Landeskontrollkommission erfolgte einstimmig bei einer Enthaltung per Akklamation.

Es wurden gewählt:

Ferdi	Frank e	Bezirk WW
Volkmar	Kretkowski	Bezirk NR
Gitta	Martin	Bezirk WW
Herbert	Nilges	Bezirk MR
Marion	Weike	Bezirk OWL

Die Gewählten nahmen die Wahl an.

## TOP 7

### Beratung und Beschlußfassung über die Anträge

Vor Eintritt in die Antragsberatung referierten **Franz Müntefering** und **Heinz Hilgers**. Als Sprecher der Antragsberatung fungierte **Bernhard Kasperek**. Die Ergebnisse der Antragsberatung sind nachstehend dokumentiert.

- 4 -

**Antragsspiegel****Beschluß des Landesparteitages**

---

**A 1**

Jugendpolitik in NRW:  
Eckpunkte und Perspektiven

Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Ergänzungen aus der Mitte des Landesparteitages.

**A 2**

Gleichstellung und Gleichberechtigung  
von Frauen und Männern in Gesellschaft  
und Familie

Annahme.

**A 3**

Regelöffnungszeiten von Kindergärten

Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion.

**A 4**

Integration junger Menschen mit  
und ohne Behinderungen

Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion.

**A 5**

Einbeziehung Auszubildender in den  
Geltungsbereich des Arbeitnehmer-  
Weiterbildungsgesetzes

Ablehnung

**A 6**

Rechtsextremismus und Jugend  
Eine Übersicht zur Problemlage und  
zu möglichen Gegenmaßnahmen

Material zu Antrag A 1.

## Wortlaute der beschlossenen Anträge

---

### A 1

#### Jugendpolitik in NRW: Eckpunkte und Perspektiven

##### Jugend und Politik

Gute Jugendpolitik ist vor allem Politik mit der Jugend, nicht nur für sie. Die Jugendzeit als Phase der Orientierung und des Erprobens, der beruflichen Qualifizierung und der Konkretisierung von Lebensentwürfen muß auch die Zeit sein, in der junge Menschen sich als Teil der Gesellschaft erkennen und eigenverantwortlich ihren Platz einnehmen. Politik kann und muß dabei helfen, aber sie kann nur Rahmen setzen und Chancen eröffnen für eine solidarische Gesellschaft, in die die Jugend mit Rechten und Pflichten einbezogen ist.

Vieles in unserem Land ist im Umbruch. Unsere Gesellschaft wandelt sich rasch und hat mit schwierigen Problemen zu tun. Manches, das gesichert und selbstverständlich schien, muß neu erarbeitet werden. Es gibt existentielle Sorgen für viele, und die Zuversicht in die Zukunft ist zerbrechlich geworden. Dieser Umbruch und seine Konsequenzen trifft auch die Jugend.

Jugendpolitik muß sich an der Jugend orientieren, nicht umgekehrt. Wo Jugend Sorgen und Fragen hat, muß Politik Rat und Hilfestellung anbieten. Dabei steht aktuell bei vielen jungen Menschen die Frage nach beruflichen Chancen und der Sicherung des Arbeitsplatzes ganz im Vordergrund. Gerade da nehmen aber die Probleme noch weiter zu; die 2. Schwelle in den Beruf - die Übernahme der Ausgebildeten in feste Arbeitsverhältnisse - wird deutlich höher. Auch das Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen sinkt drastisch.

Jugendpolitik ist auch Prävention. Zu ihr gehört zielgerichtete Jugendhilfe, und der Bedarf daran nimmt zu.

"SPD und Jugend" hat gute Tradition. Aber die Partei der Jugend hat die SPD in den 80er Jahren nicht zu sein vermocht. Dialogbereitschaft und -fähigkeit auf beiden Seiten ist Voraussetzung dafür, Jugend und Sozialdemokratie wieder dichter zueinander zu bringen. Dazu gehört zugleich, daß junge Menschen das sichere Gefühl und die konkrete Erfahrung haben können, in Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen aufmerksame Ansprechpartner zu haben und in der SPD eine Partei, die Versprochenes zielstrebig umsetzt, wo immer sie dazu Mehrheiten gewinnen kann. Die SPD muß offen sein und einladen zum Mitmachen. Sie muß die Jugend fordern.

##### 1. Mit der Jugend die Zukunft gestalten

In Nordrhein-Westfalen leben derzeit ca. 4,9 Mio junge Menschen unter 25 Jahren. Viele Jugendliche erfahren soziale Probleme und Benachteiligungen. Jugendliche zeigen in vielfältiger Weise, daß sie sich konstruktiv mit der sozialen Umwelt auseinandersetzen. Die Jugendlichen sind zu Anstrengungen in der Gesellschaft bereit. Sie sehen in der konstruktiven Gestaltung der Zukunft eine realistische Chance.

Jugend ist ein wichtiger gesellschaftlicher Seismograph. Durch sie spiegeln sich die gesellschaftlichen Entwicklungen und Konflikte wider. Gerade junge Menschen sind sensibel für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. So zeigt ihr Engagement für Frieden und

- 6 -

Umweltschutz, ihr Eintreten für soziale Belange und gegen Rassismus die große Bereitschaft, sich für eine sichere und humane gesellschaftliche Zukunft einzusetzen. Der Anspruch und das Engagement junger Menschen, die Gesellschaft mitzugestalten, müssen ernst genommen werden.

Junge Menschen streben mehr Möglichkeiten eigenverantwortlicher Lebensführung an und wollen in offenen, pluralen Formen leben. Dazu gehören:

- eine qualifizierte Bildung und eine an Chancengleichheit und Gleichberechtigung ausgerichtete Bildungspolitik, die alle Jugendlichen so fördert, daß sie ihre Fähigkeiten entfalten können.
- die zielgerichtete Orientierung auf einen Beruf, der Freude macht und gute Perspektive für materielle Sicherheit bietet;
- die Erhaltung und Gestaltung einer gesunden und lebenswerten Umwelt einschließlich einer kinder- und jugendfreundlichen Stadtentwicklung;
- die Schaffung selbstbestimmter Möglichkeiten für Mädchen und junge Frauen und die Überwindung gesellschaftlich bedingter geschlechtsspezifischer Benachteiligungen;
- die Förderung derjenigen, die nicht über die notwendigen Entwicklungschancen verfügen und gesellschaftlich ausgegrenzt werden;
- die Förderung interkultureller Formen des Zusammenlebens in einer kulturell vielfältigen und reichen Gesellschaft;

## II. Unsere Gesellschaft wandelt sich

### **Individualisierung - ein neues Verhältnis von Jugend und Gesellschaft**

Moderne Gesellschaften sind geprägt von gesellschaftlichen Strukturveränderungen, die das Verhältnis von Jugend und Gesellschaft bestimmen. Wir erleben einen Bedeutungsverlust traditioneller Milieus, sozialer Klassen und Nachbarschaften für die Vermittlung von Normen und Orientierungen, die individuelle Versorgung, die Lebensplanung und die persönliche Karriere. In Industriegesellschaften werden Menschen zunehmend aus traditionellen Bindungen und Versorgungszusammenhängen, z.B. der Familie und Verwandtschaft herausgelöst, und auf sich selbst und ihre individuellen Schicksale verwiesen. Das bringt Freiheiten und Chancen mit sich, aber auch Risiken und Widersprüche.

Einher mit diesem Verlust sozialer Milieus geht auch der Verlust sicherer sozialer Bezüge, die häufig jungen Menschen Halt und Verbindlichkeit vermittelten. Individualisierung bedeutet damit auch, daß für den einzelnen die Zahl der Wahlentscheidungen, die individuell bewältigt werden müssen, erheblich angestiegen ist. Damit entwickelt sich bei Jugendlichen ein hoher Orientierungsbedarf.

### **Die Familie wandelt sich**

Wir wollen die Familie schützen und stärken. Sie ist nach wie vor die dominante und bedeutendste Lebensform, in der Kinder und Jugendliche aufwachsen. Dabei stellt sich Familie in modernen Gesellschaften in unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens zwischen Erwachsenen und Kindern dar.

Familien sind heute zumeist kleine soziale Gebilde geworden. Die Entwicklung zur Ein-Kind-Familie, der wachsende Anteil von Alleinerziehenden, die unterschiedlichen Verständnisse von Familie und der immer früher einsetzende Ablösungsprozeß der Kinder von den Eltern kennzeichnen den sozialen Wandel der familiären Beziehungen. Allerdings hat die Familie einen hohen Stellenwert für die Erziehung behalten.

Die Eltern haben eine hohe Verantwortung. Sie sind die wichtigsten Ansprechpartner der Kinder, die von ihnen Geborgenheit, Glück, Orientierung und Unterstützung bei der Überwindung von Problemen erwarten. Soziale Problemlagen, zunehmender Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit erschweren die Wahrnehmung dieser Verantwortung. Eine bessere Familien- und Sozialpolitik ist auch eine bessere Kinder- und Jugendpolitik. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Förderung der Vereinbarkeit von Familie bzw. Kindererziehung und Beruf für Frauen und Männer.

### **Jugendphase als Herausforderung**

Der Charakter der Jugendphase als Experimentierfeld für persönliche Entwicklungen ist deutlich in der Auflösung begriffen. Sie erfordert stattdessen immer mehr Kompetenzen zur Bewältigung von Alltagsanforderungen. Moderne Gesellschaften erleben eine Ausdehnung der Jugendphase, die aber gleichzeitig mit deutlich gestiegenen anspruchsvolleren Qualifikations- und Bildungszielen verbunden ist. Erfolgreiche berufliche Perspektiven setzen immer höhere Ausgangsqualifikationen voraus. Die Herausbildung von Konkurrenzbeziehungen nicht nur in Schule und Beruf, sondern auch im Freizeit- und Beziehungsbereich, fördert individuelle Profilierung und Erfolgsorientierung als dominierende Wertvorstellungen, gegen die sich solidarische Wertorientierungen oft nicht behaupten können

### **Wirtschaftliche und soziale Einschnitte teilen die Gesellschaft**

Der gesellschaftliche Wandel wird begleitet von grundlegenden ökonomischen Veränderungen, wie sie sich derzeit auch in NRW im Bereich der gesamten Wirtschaft zeigen. Berufliche Zukunft ist für viele Menschen und auch für Jugendliche immer unkalkulierbarer geworden.

Der Anteil der Jugendlichen und jungen Heranwachsenden unter 25 Jahren an der wachsenden Arbeitslosigkeit ist besorgniserregend. Sie stellen mit über 100.000 Betroffenen eine ständig steigende Gruppe dar. Die Übernahme nach der Ausbildung wird heute wieder zu einem gravierenden Problem in der Arbeitsmarktpolitik. Gerade Mädchen sind in ihrer Berufswahl stark eingeschränkt.

Durch Massenarbeitslosigkeit, ungenügenden Familienlastenausgleich und einen dramatischen Sozialabbau aufgrund der Politik der Bundesregierung wachsen in jüngster Zeit immer mehr junge Menschen in sozial-benachteiligten Verhältnissen auf, benachteiligt in Wohnung, Bildung, Ausbildung und Arbeit. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen unter 25 Jahren steigt, die der jungen Obdachlosen auch. Besonders dramatisch sind von dieser Entwicklung junge Frauen betroffen.

Unser Land insgesamt ist reich, aber die ökonomischen Bedingungen vieler Familien haben sich drastisch verschlechtert. Auch junge Menschen sind von Armut und Existenzangst betroffen.

### **Jugend und Freizeit**

Freizeit ist Chance für Selbstverwirklichung. Sie erhält aber auch eine immer größere Flucht- und Kompensationsfunktion. Ergebnisse der Jugendforschung zum Freizeitverhalten zeigen,

daß der Freizeitsektor für junge Menschen in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen hat. Freizeit ist für viele Kinder und Jugendliche genauso wichtig wie Familie, Schule und Beruf.

### **Gewalt in der Gesellschaft**

Die Entwicklung von Gewaltbereitschaft, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zwingt zu einem neuen Umgang in der Gesellschaft und zu neuen Ansätzen gesellschaftlicher Prävention. Jugendliche sind betroffen und auch beteiligt. Nicht "ausgrenzen" darf dabei das Signal sein, sondern eine Auseinandersetzung mit den Beweggründen dieser Jugendlichen. Jede Form von Gewalt, auch der Einzelfall, empört und muß bekämpft werden. Jeder einzelne Jugendliche, der Gewalt ausübt, muß daher auch mit staatlichen Reaktionen rechnen. Allerdings ist Gewalt von Kindern und Jugendlichen immer auch im Zusammenhang mit der Gewalt gegen sie zu sehen. Dort, wo Jugendliche Gewalt als scheinbar legitimes Mittel der Durchsetzung von Einzelinteressen erfahren, übernehmen sie häufig diese auch in ihr Verhaltensrepertoire.

Aber Gewalt "vermehrt" sich, wird durch Medien scheinbar legitimiert und von den Erwachsenen nicht entschieden genug abgelehnt. Durch Werbung und Gewaltdarstellungen entstehen veränderte Sichtweisen und Wertevorstellungen; die Scheinwelt von Fernsehen und Videospiele fördert die Vereinzelung von Kindern und Jugendlichen.

### **Jugend und Rechtsextremismus**

Anfällig für rechtsextreme Ideologie und Propaganda sind nicht nur oder nur in erster Linie sozial deklassierte Jugendliche, sondern auch Personen in sozial durchaus gesicherten Verhältnissen, denen es um die Absicherung dieser relativen Sicherheit oder Privilegierung gegen andere geht. Rechtsextremismus bietet hier Sündenböcke und Gegner, die für Risiken und Probleme verantwortlich gemacht werden und abzuwehren sind.

Die Zunahme von Rechtsextremismus und Gewalt ist auch damit verbunden, wie "aus der Mitte der Gesellschaft" mit gesellschaftlichen Problemen umgegangen wird. Oft sprechen Jugendliche das aus, was andere denken. Von zentraler Bedeutung sind die in den letzten Jahren immer häufiger geäußerten rassistischen Fehldeutungen von gesellschaftlicher Wirklichkeit. Erst im Rahmen dieses unter Initiierung von Konservativen nach rechts verschobenen gesellschaftlichen "Klimas" ist die wachsende Resonanz rechtsextremen Gedankenguts unter Jugendlichen erklärbar. Auch die oben beschriebene allgemeine Unzufriedenheit und Gewaltbereitschaft bekommt durch diese Entwicklung ihre Richtung bzw. ihre bevorzugten Opfer präsentiert.

### **Die Solidarität zwischen den Generationen schwindet**

Wir erleben gegenwärtig eine "Revolution auf leisen Sohlen", das heißt, die demographische Entwicklung wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Alterszusammensetzung unserer Gesellschaft massiv verändern. Der Anteil älterer Menschen wird deutlich zunehmen, die jüngere Generation wird quantitativ an Bedeutung verlieren. Dies hat nicht nur Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, es wird auch Leitbilder unserer Gesellschaft verändern und das Verhältnis der Generationen untereinander beeinflussen.

Politik, nicht nur Jugendpolitik, muß sich diesen Entwicklungen frühzeitig stellen, neue Möglichkeiten für ein Miteinander der Generationen und neue Formen von Solidarität entwickeln.

### **Ausländische Jugendliche sind benachteiligt**

Eine besondere Aufgabe unserer Gesellschaft ist die Integration ausländischer Jugendlicher. Dabei hat es schon viele Erfolge gegeben: Aber für viele ausländische Jugendliche ist die Situation noch schwierig. Obwohl ihre Eltern seit vielen Jahren in Deutschland leben und sie selbst häufig seit ihrer Geburt hier leben, ist eine soziale Integration oft bis heute nicht erreicht. Zudem leben sie häufig an den Rändern einer Stadt, in sozialen Ghettos, unter schlechten Lernbedingungen und sind kulturell benachteiligt. Auch haben die gewalttätigen Übergriffe rechtsextremistischer Gruppen auf ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen zu weiteren Ängsten und Verunsicherungen bei ihnen geführt.

Ausländische Mädchen erleben aufgrund traditioneller Erziehungsmuster Veränderungen in ihrer Lebenssituation noch einschneidender als ausländische Jungen. Eine stärkere Bindung an Werte und Normen des Heimatlandes erschwert es ihnen oft, in den neuen Kulturkreis hineinzuwachsen. Die Erwartungen der Eltern an das Verhalten der Mädchen sind zum Teil unvereinbar mit den Vorstellungen und der Lebenspraxis deutscher Mädchen. So entstehen Rollenkonflikte und Identitätskrisen.

### **Mädchen haben es immer noch schwer**

Trotz vielfältiger Bemühungen und Erfolge in der Politik für Mädchen, stehen wir in der Emanzipationsbewegung am Ende des 20. Jahrhunderts vor einer paradoxen Situation: Das gesellschaftliche Bewußtsein über die Benachteiligungen von Mädchen und Frauen ist zwar stark gewachsen, ihre tatsächliche Situation ist jedoch nach wie vor von Benachteiligungen geprägt. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Arbeitswelt. Mädchen sind in der Regel gut ausgebildet, haben im Durchschnitt bessere schulische Abschlüsse als Jungen. Doch die meisten konzentrieren sich immer noch auf wenige Berufe. Diese sind oft schlechter bezahlt und bieten geringere Aufstiegschancen.

Viele Frauen und Mädchen sind in ihrem Alltag verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt. Mädchen sind dabei zweifach unterlegen: als Kind und als Frau. Gewalt auch im sozialen Umfeld ist ein gesellschaftliches Problem, das es zu lösen gilt.

### **III. Offensive Jugendpolitik gefordert**

Aufgabe sozialdemokratischer Jugendpolitik muß es heute sein, Lebensplanungen junger Menschen zu ermöglichen, Entfaltungs- und Gestaltungsspielräume abzusichern, politische Beteiligungsmöglichkeiten zu entwickeln, Angebote für diejenigen bereitzuhalten, die sich in Krisensituationen befinden, ihnen Hilfe zur Selbsthilfe geben und soziale Ungerechtigkeiten abzubauen.

Jugendpolitik hat zum Ziel, Bildung, Wohnung, Beruf, die natürlichen Lebensgrundlagen, sinnvolle Freizeitmöglichkeiten und die materiellen Grundlagen zu sichern und muß sich hier einmischen und die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertreten. Dabei kommt der Sicherung von den Kommunikations- und Bewegungsspielräumen in einem bewegungsfeindlichen Umfeld besondere Bedeutung zu.

Wer die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertreten will, muß deren Mitwirkung und Mitbestimmung sichern. Dazu gehört eine weitere Demokratisierung der Schule durch mehr Mitspracherechte für Schülerinnen und Schüler. In der Kinder- und Jugendarbeit sind neue Selbstgestaltungsspielräume für Kinder und Jugendliche zu eröffnen. Bei der Jugendhilfeplanung müssen die Interessen der Kinder und Jugendlichen nicht nur durch die freien Träger der

- 10 -

Jugendhilfe, sondern auch durch Kinder- und Jugendparlamente und direkte Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sichergestellt werden.

Sozialdemokratische Politik in NRW konnte der jungen Generation in der Vergangenheit in vielerlei Hinsicht neue Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten geben. So führten bildungspolitische und soziale Reformen zu einem erweiterten und breitgefächerten Angebot an individuellen und sozialen günstigen Bedingungen. Hieran werden wir weiter arbeiten.

## **Wir werden Schwerpunkte in der Jugendpolitik setzen**

### **A) BERUFLICHE ZUKUNFT SICHERN**

Immer wichtiger wird die Sicherung der beruflichen Zukunft junger Menschen. An dem beruflichen Fortkommen macht sich weiterhin gesellschaftliche Anerkennung, materielle Sicherheit, persönliche Stabilität und Identität fest. Zudem erleichtert eine gute Ausbildung nach wie vor einen erfolgreichen Einstieg in das Erwerbsleben.

Die ökonomischen Veränderungsprozesse lassen den Berufs- und Ausbildungssektor nicht unberührt. Zur Entwicklung einer beruflichen Zukunft muß jungen Menschen die Aneignung breiter Qualifikation und vielseitiger Berufswahlmöglichkeiten eröffnet werden.

Wir wollen daher eine berufliche Ausbildung im Rahmen des dualen Systems sichern, die Qualifizierung in Berufen mit Zukunft ermöglicht. Durch eine Reform des Berufsbildungsgesetzes wollen wir alle Ausbildungsbereiche in das Gesetz einbeziehen.

Es geht darum, 1994 in lokalen und regionalen Jugendberufskonferenzen für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zu kämpfen. Wenn nicht erreicht wird, daß im dualen System ausreichend qualifizierte Berufsausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, streben wir eine Änderung der Finanzierung der beruflichen Bildung und eine bedarfsorientierte Weiterentwicklung außerbetrieblicher Ausbildung an.

Durch eine bundesgesetzliche oder tarifrechtlich abgesicherte Neuregelung muß dann gewährleistet werden, daß allen Jugendlichen qualifizierte Ausbildungsplätze angeboten werden können und ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsstellen langfristig gesichert wird. Durch eine entsprechende Ausbildungsplatzabgabe sollen die Betriebe, Verwaltungen und Einrichtungen, die eine qualifizierte Ausbildung anbieten, gezielt refinanziert werden und außerbetriebliche Ausbildungsstätten finanziert werden.

Gerade zur Förderung derjenigen jungen Menschen, die bislang nicht oder nur unzureichend ausgebildet worden sind, werden besondere Angebote von existenzsichernder Bedeutung erforderlich.

Ausbildung sichern und Beschäftigung ermöglichen heißt aber auch:

- die Qualität der beruflichen Schule sichern und verbessern. Sie muß Raum für Entwicklungschancen für unterschiedliche Qualifikation und Kompetenz bieten. Wir wollen daher die Berufsausbildung im Sinne der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung aufwerten.
- Entwicklung solidarischer Modelle zur Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Koppelung an die Weiterbeschäftigung jüngerer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen;

- 11 -

- die Voraussetzung in der Ausbildung zur Übernahme in Beschäftigung nach der Ausbildung verbessern. Gerade in jüngster Zeit wird diese Einstiegsschwelle für viele Jugendliche immer schwieriger;
- die neu aufgelegten Programme des Europäischen Sozialfonds - hier insbesondere die Programme Ziel 3 und Ziel 4 - müssen, wenn möglich, auf NRW-Ebene so umgesetzt werden, daß sie die Übernahmeproblematik mit einschließen;
- Prüfung von gemeinsamen Finanzierungswegen der Betriebe und der Arbeitsverwaltung zur Verbindung von (Weiter-) Beschäftigung und Qualifizierung.
- die besonderen Ausgangsbedingungen von Mädchen und jungen Frauen zu berücksichtigen und Angebote in Schule und beruflicher Ausbildung entsprechend zu entwickeln und gezielt zu fördern.

Angesichts mangelnder Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen tragen die Unternehmer in diesem Land eine besondere gesellschaftspolitische Verantwortung zur Sicherung der Ausbildungsmöglichkeiten junger Menschen.

Wir fordern alle Beteiligten auf, dafür einzutreten, daß junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach erfolgreichem Abschluß ihrer beruflichen Erstausbildung für mindestens ein Jahr in ein ihrer Qualifikation entsprechendes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß das Berufsbildungsgesetz um eine Verpflichtung der Ausbildungsbetriebe ergänzt wird, Auszubildenden spätestens drei Monate vor dem Ende ihrer Ausbildungszeit schriftlich mitzuteilen, wenn sie anschließend nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden sollen.

Hinzutreten muß die Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher in besonderen Maßnahmen der Jugendberufshilfe. Wir setzen uns nachdrücklich für die Erweiterung bestehender Förderprogramme ein. Ziel dieser Programme muß es sein, sozial benachteiligte Jugendliche vorrangig in solchen Berufen auszubilden, die sich auf dem 1. Arbeitsmarkt behaupten.

## B) OBdachlosigkeit UND wohnungsnot BEI JUNGEN MENSCHEN BESEITIGEN

In Nordrhein-Westfalen gibt es mit erheblicher Landesförderung in über 200 Wohnheimen mehr als 15.000 Plätze für junge Menschen, die zum Zweck der Berufsausbildung oder aus anderen Gründen eine Wohngelegenheit brauchen und sich nicht am knappen und teuren Wohnungsmarkt einmieten können. Für nicht wenige ist dieses Angebot auch die letzte und äußerste Gelegenheit, sich vor der Gefahr eines Abstiegs in die tatsächliche Obdachlosigkeit zu schützen. Wohnungen für Studenten und Studentinnen sind eine andere Form, jungen Menschen bei der Bewältigung ihrer Wohnungsprobleme zu helfen. Das alles reicht aber nicht.

Obdachlosigkeit und Wohnungsnot treffen zunehmend auch Kinder und Jugendliche; besonders stark diejenigen in Ein-Elternfamilien. Die Bekämpfung der allgemeinen Wohnungsnot hilft diesen Betroffenen, aber es bleiben Ideen und unkonventionelle Maßnahmen und große Anstrengungen der Politik erforderlich, um Jugendlichen bei konkreten Wohnungsproblemen zu helfen. Hierzu gehört zum Beispiel die Einrichtung von Wohntauschbörsen sowie die Anpassung der Vorschriften über das Wohngeld an die heutige Preisentwicklung.

## C) JUGENDARBEIT SICHERN

Ein wichtiges Feld für die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist die Jugendarbeit. Sie ist nicht nur bedeutsam für die Schaffung geeigneter Freizeitmöglichkeiten, für die politische Bildung und die kulturelle Förderung. Sie ist auch wichtig, um Risiken und Gefährdungen von

- 12 -

Kindern und Jugendlichen bereits im Vorfeld präventiv begegnen zu können. Grundsätzlich gilt es, die Bedürfnisse, Wünsche und Probleme von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen und sie in ihrer Vielfalt zu akzeptieren. Ziel sozialdemokratischer Jugendpolitik muß es sein, die eigenen Lebensperspektiven der jungen Menschen aufzunehmen und gleichberechtigt im Sinne eines demokratischen und sozialen Gemeinwesens weiterzuentwickeln.

Es gilt, die Bereitschaft und Fähigkeit zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung zu fördern.

Es ist aber notwendig, bisherige in der Tradition stehende Förderungsstrukturen des Landesjugendplans und in den Kommunen zu ändern und damit neue Wege wirksamer orts- und wohnbereichsnaher Ansätze zu gehen.

Wesentliches Prinzip der Jugendverbandsarbeit ist die Selbstorganisation von jungen Menschen in Gruppen und Verbänden, die sich im Rahmen ihrer Aktivitäten zu demokratischen Werten und Positionen bekennen und für diese eintreten. Dabei kommt der Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit junger Menschen besondere Bedeutung zu.

In den letzten Jahren haben sich in der Kinder- und Jugendarbeit viele neue Initiativen entwickelt, die in der bisherigen jugendpolitischen Diskussion und Förderung nicht angemessen berücksichtigt worden sind.

Vor Ort haben sich gemeinnützige Vereine, kulturelle Gruppen oder Jugendtreffs gebildet, die eine in hohem Maße kreative und selbstbestimmte Jugendarbeit leisten und häufig ohne gesicherte finanzielle Unterstützung und Absicherung arbeiten. Dieser Entwicklung müssen wir künftig stärker Rechnung tragen.

Angesichts der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte wird an die Landesregierung und die Kommunalpolitik appelliert, dafür Sorge zu tragen, daß eine kontinuierliche Förderung der Angebote verbandsbezogener und offener Formen der Jugendarbeit erhalten bleibt und ihre inhaltliche Weiterentwicklung ermöglicht wird. Wir brauchen eine kontinuierliche Förderung der unterschiedlichen Formen der Jugendarbeit und damit eine Verstetigung der öffentlichen Fördermittel in diesem Bereich.

Angesichts knapper Finanzmittel muß den Trägern der Jugendarbeit, den Verbänden und Initiativen eine größere Flexibilität bei der aufgabengerechten Verwendung ihrer Förderung und der Gestaltung ihrer Arbeit ermöglicht werden.

Wir brauchen eine gesetzliche Absicherung der Jugendarbeit. Deshalb fordert der Landesparteitag die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, in der nächsten Legislaturperiode ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz (Gesetz zur Förderung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit als 3. Ausführungsgesetz) in den Landtag einzubringen und durchzusetzen, das die Träger der Jugendhilfe in die Lage versetzt, diesen Anforderungen Rechnung zu tragen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch eine Reform des Landesjugendplans auch die Öffnung zu neuen Formen der Jugendarbeit zu ermöglichen. Wir wollen eine Reform, die vor allem folgenden Schwerpunkten Rechnung trägt:

- \* Sicherung organisierter Jugendarbeit in Jugendverbänden und Initiativgruppen;
- \* Sicherung der offenen Jugendarbeit;
- \* Veränderung der Strukturen, die Mädchen nach wie vor benachteiligen;
- \* Qualifizierung der Jugendsozialarbeit, vor allem der Jugendberufshilfe;

- \* Sicherung der politischen Bildung als übergreifendes Prinzip der Jugendarbeit;
- \* Ausbau modellhafter und innovativer Förderungsmöglichkeiten;
- \* Entbürokratisierung und Flexibilisierung der Förderung;
- \* Stärkung des ehrenamtlichen Engagements auch von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen durch Sicherung des Sonderurlaubs.

Es gibt positive Entwicklungen in der Jugendarbeit, die zu unterstützen sind:

- Stadtteilorientierung
- Vernetzung
- Jugendinformations- und beratungsdienste
- Kulturelle Arbeit
- Ferienpädagogik bzw. Kinder- und Jugenderholung als Chance der Erfahrung solidarischen Zusammenlebens.

Für uns hat eine gemeinwesenorientierte Kinder- und Jugendarbeit eine hohe Bedeutung. Deshalb ist eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Bereiche von Jugendarbeit, Jugendhilfe und Schule und anderen Einrichtungen im Stadtteil anzustreben

#### D) SOLIDARITÄT UND INTEGRATION FÖRDERN

Die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus muß kontinuierlich und offensiv geführt werden. Hierzu gehört auch der Kampf gegen diejenigen, die Minderheiten bedrohen und diskriminieren. Gerade dem Haß, der Feindschaft und der Ausgrenzung aktiv zu begegnen, ist eine bedeutende Aufgabe der Jugendarbeit. Wenn durch Jugendarbeit auch die gesellschaftlichen Ursachen nicht beseitigt werden können, so ist es durch besondere Arbeitsformen doch möglich, diesen Entwicklungen bei Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken.

Wir dürfen junge Menschen, auch wenn sie für nationalistische Orientierung anfällig geworden sind, nicht alleine lassen. Gerade dem häufig heimlich sich vollziehenden Abrutschen in den Rechtsextremismus kann durch Angebote der Jugendarbeit begegnet werden.

Wir fordern Landtagsfraktion und Landesregierung auf, durch ein Aktionsprogramm "Jugend und Solidarität, kulturelle Vielfalt und ein friedliches Miteinander" eine gezielte Förderung multikultureller Ansätze in Schule, Jugendhilfe und Kultur auf breiter Ebene zu ermöglichen. Dabei kann an bestehenden Verbänden und Einrichtungen angeknüpft werden.

#### E) MÄDCHENARBEIT GLEICHBERECHTIGT FÖRDERN

Jugendpolitik und Jugendarbeit müssen die spezifischen Bedürfnisse und Interessen von Mädchen gleichberechtigt aufgreifen. Wichtig ist dabei, zu erkennen, welche Benachteiligungen Mädchen in der Gesellschaft, aber auch in der Jugendarbeit und in der Schule erfahren. Jugendarbeit muß daher auch eine Vielfalt von Angeboten für Mädchen sicherstellen und die Angebote und Einrichtungen so gestalten, daß Mädchen ihre Wünsche und Interessen verwirklichen können und eine gezielte emanzipatorische Mädchenarbeit stattfindet.

Sozialdemokratische Mädchenpolitik muß vor allem darauf abzielen, Mädchen eigene Kommunikations- und Erlebnisräume zu schaffen. Die Landesregierung und die Kommunen werden aufgefordert, im Rahmen der Förderung der offenen Jugendarbeit auch gezielt Mädchenzentren, Mädchentreffs und Mädchenprojekte unterschiedlicher Art zu fördern und

bei der Förderung der Jugendarbeit darauf hinzuwirken, daß Mädchen gleichberechtigt berücksichtigt werden.

#### F) SOZIALE BENACHTEILIGUNG ABBAUEN

In den vergangenen Jahren sind die Anforderungen an die Jugendsozialarbeit gestiegen. Es ist daher notwendig, ihre Rahmenbedingungen auszubauen und vor allem neue Formen der Beratung und Hilfe zu ermöglichen. Hierzu gehört vor allem das Ziel, daß die Hilfe mehr als bisher im sozialen Umfeld der Jugendlichen möglich ist.

Ergänzend hierzu ist jedoch die besondere Förderung behinderter Jugendlicher notwendig. Gerade diese sind auch weiterhin von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Zukünftig mehr geeignete Ausbildungs- und - dauerhafte - Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben, muß eine zentrale Aufgabe des Land und der Kommunen sein.

#### G) MEDIENANGEBOT FÜR JUNGE MENSCHEN GESTALTEN

Das Verhältnis zwischen kommerziellen Medienangeboten und den Erfordernissen des Kinder- und Jugendschutzes muß neu bewertet werden. Pädagogische Anforderungen und Werteorientierung müssen stärker von den Medien aufgenommen werden. Dazu bedarf es vor allem der Selbstverpflichtung der Medien, strengerer gesetzgeberischer Maßnahmen zur Eindämmung von Gewaltdarstellungen und einer Änderung der Programmstruktur zugunsten von Kinder- und Jugendsendungen im Nachmittags- und Vorabendbereich.

Statt dessen müssen positive Nutzungsmöglichkeiten des Fernsehens und der Computertechnik, auch als Unterrichtsmittel, und der verantwortungsvolle Umgang mit audiovisuellen Medien gefördert werden. Durch interessante Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit können die negativen Auswirkungen der Medien aufgearbeitet werden.

### IV. SPD und Jugend

#### **Jugend ist politischer als ihr Ruf**

Die Veränderungen in der Jugendphase schlagen sich auch in dem Verhältnis junger Menschen zur Politik und den Parteien nieder. Zwar besitzt die SPD bei jungen Menschen immer noch eine hohe Präferenz. Der SPD wird immer noch am ehesten die Lösung anstehender Probleme und Konflikte zugetraut. Dennoch ist deutlich, daß immer mehr junge Menschen sich von den Parteien abgewendet haben.

Dabei sind junge Menschen heute in der Regel informierter, selbstbewußter und nicht weniger politisch als viele ihrer Vorgängergenerationen. Die Auflösung der sozialen Milieus, die häufig eine wichtige orientierende Funktion hatten und politische Erfahrungen weitergegeben und vorgelebt haben, hat neue Orientierungen bei jungen Menschen notwendig werden lassen. Sozialdemokratisches Bewußtsein wird nicht mehr "vererbt", sondern muß von der SPD erarbeitet werden. Perspektiven für die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft aufzuzeigen und Orientierungen in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart zu vermitteln, ist eine wichtige Aufgabe der SPD. Wichtige Eckpfeiler sind hier die Glaubwürdigkeit und Standhaftigkeit ihrer Politik. Junge Menschen erwarten zudem schnelle und häufig auf die Verbesserung ihrer individuellen Situation bezogene Lösungen.

## **Jugend hat Verantwortung und junge Menschen müssen gefordert werden**

Viele Menschen sind heute durchaus zu politischen Engagement bereit, ziehen sich jedoch aus Organisationen und Parteien immer mehr zurück und verweigern ihnen ihre Stimme. Das gilt insbesondere auch für Jugendliche. Gleichzeitig erwarten sie, daß Politik ihre Probleme löst. Viele erwarten auch nicht mehr, daß Politik zu Problemlösungen instande ist und setzen ganz auf individuelle Bewältigungsstrategien. Man muß jungen Menschen vermitteln, daß politische Einmischung notwendig ist und daß Politik immer auch ein gemeinsames Ringen um Ziele und Utopien ist. Sie ist nicht einfach delegierbar.

Die SPD darf Politikverdrossenheit nicht herbeireden. Es ist heute auch schick und gehört "zum guten Ton", Jugendlichen Politikverdrossenheit zu unterstellen. Mit einem solchen Etikett tun wir vielen jungen Menschen Unrecht, die sozial, kulturell und politisch engagiert in und für diese Gesellschaft Wichtiges leisten, etwas, auf das wir nicht verzichten können.

## **Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft**

Ohne Zweifel ist die SPD jedoch in einer schwierigen Situation. Die Zahl der jüngeren Mitglieder hat ständig abgenommen. Wenn Politik aber auf Kontinuität und Zukunft angelegt sein soll, dann ist es notwendig, daß junge Menschen nachwachsen. Eine Partei, die keine jugendlichen Mitglieder mehr hat, stirbt aus. Die Gründe für die zurückgehende Mitgliedschaft waren vielfältig.

Sicher ist auch der Verlust von sozialer und politischer Heimat und politischen Identifikationsmöglichkeiten für diese Entwicklung bestimmend gewesen. Viele haben den Eindruck, daß Reden und Handeln nicht übereinstimmen.

Vieles spricht dafür, daß neben der abnehmenden Bereitschaft sich zu organisieren auch unsere eigenen Arbeits- und Verhaltensweisen und Strukturen junge Menschen von der Mitarbeit abhalten.

## **Die SPD muß sich öffnen**

Die SPD hat heute ca. 900.000 Mitglieder, davon jedoch nur ca. 38.000 unter 25 Jahren. Sie muß es daher als ihre existentielle Aufgabe ansehen, junge Menschen für ihre Ziele und ihre Politik zu begeistern und zum Mitmachen zu gewinnen. Es wird keine einfachen Lösungsansätze und Konzepte geben. Vielmehr werden kleine, aber wichtige Schritte gefragt sein.

Ein wichtiger Schritt ist der Beschluß des Wiesbadener Bundesparteitages der SPD, daß künftig junge Menschen bei den Jungsozialistinnen und Jungsozialisten die vollen Mitgliedsrechte wahrnehmen können, ohne daß sie Mitglied der SPD werden müssen. Dieses neue Angebot an junge Menschen muß in allen Gliederungen mit Leben gefüllt werden.

## **Wir treten dafür ein:**

- daß die Politik der SPD an den Problemen ansetzt, die junge Menschen haben, und nicht an denen, die sie machen oder die man ihnen zuschreibt;
- daß es der SPD gelingt, vor Ort wieder in den Alltag der Jugendlichen zurückzufinden. Die Ortsvereine und die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten müssen Jugendlichen konkrete, lebensweltnahe Projekte anbieten, in denen sie gemeinsam und mit Unterstützung durch die SPD Strategien zur Bewältigung politischer Probleme erarbeiten können;

- 16 -

- daß da, wo ein Bedürfnis besteht, verstärkt auch Formen themen- und projektorientierter Arbeit und der Arbeit von solchen Juso-Gruppen ermöglicht und gefördert werden, die nicht an Ortsvereine gebunden sind;
- daß alle Gliederungen der Partei der Beteiligung junger Menschen einen größeren Stellenwert einräumen. Sie dürfen sich nicht in den satzungsmäßigen Gremien einschließen, sondern müssen sich stärker öffnen als bisher;
- daß das neu im Organisationsstatut der SPD verankerte Antrags- und Rederecht der Arbeitsgemeinschaften, also auch der Jusos, auf den Parteitagen der jeweiligen Gliederungsebene angemessen praktiziert wird. Das schließt das Recht ein, Personalvorschläge für Parteifunktionen und Kandidaturen für öffentliche Mandate zu machen;
- daß auch Nichtmitglieder in die Arbeit einbezogen werden. Dabei müssen attraktive Formen der Öffnung z.B. durch Projektarbeit, durch Wettbewerbe, durch Gesprächsrunden etc. gefunden werden;
- daß mehr als bisher der Kontakt der SPD zu den Jugendorganisationen und den Trägern der Jugendarbeit im Stadtteil gesucht wird. Über sie können wichtige Multiplikatoreneffekte erzielt werden. Dies schließt ein, daß die SPD dabei mit Forderungen und Positionen konfrontiert wird;
- daß die Aktivität junger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Schüler- und Schülerinnenvertretungen, in Jugendvertretungen, in der Hochschulpolitik und in Jugendverbänden gefördert und in die Parteiarbeit mit einbezogen wird;
- daß sozialdemokratische Repräsentanten sich so oft wie möglich der kritischen Auseinandersetzung mit jungen Menschen stellen. Sie müssen auf sie zugehen und nicht warten, ob Jugendliche kommen.
- daß bei politischen Entscheidungen, die im Zusammenhang mit Einschnitten in die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen stehen, junge Menschen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Instrumente gibt es hierfür viele, sie müssen nur genutzt werden;
- daß der Kontakt zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen im Rahmen der Partei verstärkt wird. Die SPD muß der Förderung der unterschiedlichen Kulturen einen großen Stellenwert einräumen;
- daß zukünftig die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen verbessert werden. Wir streben an, 10% der Mandate in Partei und Parlament durch junge Menschen zu besetzen;
- daß die Unterbezirke und Bezirke regelmäßig einen Bericht über die Beteiligung junger Menschen in der Partei erstellen.

Wir treten dafür ein, daß die Zusammenarbeit mit den aus der Tradition der Arbeiterbewegung entstandenen Jugendverbänden auf allen Ebenen der Partei intensiviert wird.

## **Jungsozialistinnen und Jungsozialisten stärken**

Der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD kommt eine zentrale Rolle für die Jugendarbeit der SPD zu. Sie können mit ihren Gruppen und einem eigenen politischen Profil Jugendliche ansprechen, die für andere Parteigliederungen nicht zu gewinnen wären, und sie als Gemeinschaft von Altersgleichen in Aktivitäten einbeziehen, die zugleich ihren sozialkulturellen Bedürfnissen gerecht werden können. Sie können schneller neue Formen der Beteiligung und des politischen Handelns in bezug auf junge Menschen entwickeln als die Gesamtpartei. Die Jusos müssen in ihrer Arbeit unterstützt und gefördert werden, auch wenn sie unbequem sind. Dabei ist es jedoch wichtig, daß die Jusos sich auch der Themen annehmen, die junge Menschen berühren und sie interessieren. Auch ist es notwendig, daß sie dort Politik machen, wo junge Menschen leben. Für Juso-Arbeit gilt es dabei - wie für die politische Arbeit überhaupt - : Die Menschen müssen da angesprochen und abgeholt werden, wo sie sind.

### **A 2**

#### **Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Gesellschaft und Familie**

Die Jugendarbeit in allen Einrichtungen muß einen wesentlichen Beitrag zur Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Gesellschaft und Familie leisten. Hierzu ist es notwendig:

1. die Maßnahmen für Mädchen/junge Frauen bei der Entwicklung einer zukunftssträchtigen und gleichberechtigten Lebensplanung zu verstärken;
2. Maßnahmen für Jungen/junge Männer zu initiieren, die geeignet sind, die gegenwärtigen geschlechtstypischen Vorstellungen vom Männlichen hin zu einem partnerschaftlichen Verständnis zu verändern.

### **A 6 (Material zu: A 1)**

#### **Rechtsextremismus und Jugend -**

#### **Eine Übersicht zur Problemlage und zu möglichen Gegenmaßnahmen**

##### I. Analyse

Um das Problem des Rechtsextremismus und rechtsextremistischer Gewalt bei Jugendlichen angemessen zu erfassen, ist zunächst notwendig, sich klarzumachen, daß dabei vielfältige und auf verschiedenen Ebenen liegende Bedingungen zusammenwirken und zu unterschiedlichen Ausdrucksformen des Problems führen und entsprechend vielfältige Ansatzpunkte und Subjekte für Gegenaktivitäten gefordert sind. Wichtig ist auch, daß es zwischen Rechtsextremismus und Gewalt bei Jugendlichen zwar Verbindungen gibt, es aber dennoch zwei unterschiedliche Probleme sind: bei weitem nicht alle Gewalt hat mit Rechtsextremismus zu tun, und Rechtsextremismus erschöpft sich bei weitem nicht in mit Gewalt verbundenen Aktivitäten.

Zur Begriffsklärung: "rechts" sind zunächst mal alle Ideologien der Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit und Ungleichbehandlung von Menschen. Diese gibt es in verschiedenen Ausprägungen, die oft miteinander kombiniert sind; Stichworte: Rassismus, Nationalismus, AusländerInnen- und Fremdenfeindlichkeit, Wohlstandschauvinismus, Sexismus, Biologismus, Standesdünkel, Sozialdarwinismus etc. Diese Ideologien sind in weiten Teilen der Gesellschaft und in unterschiedlichem Maße auch in demokratischen Parteien verbreitet, auch der mainstream neokonservativer Ideologie ist in diesem Sinne rechts: Eigentums- und Leistungs- und "Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied"-Ideologien zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit.

Bzgl. "Rechtsextremismus" sind zwei Ausprägungen zu unterscheiden, die miteinander zusammenhängen, aber unterschiedliche Ansatzpunkte haben:

1. Extremismus hinsichtlich der Methoden: Die Verbindung rechter Ideologien mit Gewaltakzeptanz und Gewaltanwendung gegen so zw. Gegnern gestempelte Menschen, v.a. gegen AusländerInnen und Zuwandernde, anknüpfend an übersteigerte Eigentums- und Leistungsideo- logie aber auch gegen Behinderte, Obdachlose, EmpfängerInnen von Sozialleistungen und andere "Schmarotzer". Zunehmend werden auch aktive AntifaschistInnen und andere Linke Opfer rechter Gewalt.

2. Extremismus hinsichtlich der Ziele: Die Weiterentwicklung der genannten Ideologien zu autoritär-hierarchischen, antipluralistischen, antidemokratischen politischen Vorstellungen, die auf ein auf Ungleichheit aufbauendes Rechts- und Gesellschafts- oder auch internationales System und den Einsatz der Staatsmacht für die gewaltsame Durchsetzung entsprechender Zielsetzungen nach innen oder außen gerichtet ist (Faschismus, Apartheid, militärisch durchgesetzter Imperialismus).

Im folgenden geht es um Bedingungen, die Rechtsextremismus begünstigen, insbesondere bei Jugendlichen. Dabei sind verschiedene Ebenen zu unterscheiden, auf denen sich Rechtsextremismus äußert:

- rechtsextreme Organisationen, Verbände und Parteien;
- rechtsextremistische Verhaltens- und Ausdrucksformen in bestimmten Subkulturen (z.B. bei Teilen der Skinheads oder der Hooligans);
- rechtsextreme Bewußtseinsformen und Äußerungen bei ganz "normalen", unauffälligen Jugendlichen und Erwachsenen (alltäglicher Rechtsextremismus).

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen heute zumeist rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten von Jugendlichen, die häufig Bezug zu den genannten Subkulturen haben. Für die Mehrzahl der Jugendlichen, die heute durch rechtsextreme Aktivitäten auffallen, ist Akzeptanz und Anwendung von "Stärke" und Gewalt zur Konfliktregelung und Bewältigung von Problemen der Zugang zur rechtsextremen Szene ("soziologischer Rechtsextremismus", Heitmeyer). Rechtsextreme Ideologie legitimiert die Gewalt und bietet ihr Ziele, rechtsextreme Gruppierungen versuchen sie zu organisieren und Gemeinschaft und Orientierung zu bieten.

Grundlage für die Anfälligkeit für diese Formen und Ideologien sind Vereinzelungserfahrungen, Handlungsunsicherheit, Ohnmachtserfahrungen, die viele Jugendliche machen, sind soziale, berufliche und politische Probleme und Desintegrationsprozesse. Diese haben wiederum ihre Ursache in gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemen wie wachsender sozialer Ungleichheit und Unsicherheit der Lebensperspektiven, Individualisierung und Entsolidarisierung, Wohnungsnot, wachsenden Qualifikations- und beruflichen Anforderungen, Arbeitslosigkeit.

Anfällig für rechtsextreme Ideologie und Propaganda sind aber nicht nur oder auch nur in erster Linie sozial deklassierte, sondern ganz normale, in sozial durchaus gesicherten Verhältnissen lebende Leute, denen es um die Absicherung dieser relativen Sicherheit oder Privilegierung gegen andere geht. Rechtsextremismus bietet hier Sündenböcke und Gegner, die für Risiken und Probleme verantwortlich gemacht werden und abzuwehren sind. Nur bei kleinen Minderheiten äußert sich das gewalttätig, das politisch größere Problem ist das wachsende Potential rechtsextremer Bewußtseinsformen und politischer Orientierungen, die sich auch in den Wahlerfolgen von DVU, Republikanern etc. niedergeschlagen haben (die also nicht als nur Protestwahlverhalten verharmlost werden dürfen).

Neben den Problemen der individuellen Bewältigung der eigenen Lebensbedingungen spielen die Probleme der politischen Bewältigung der sozialen, aber auch ökologischen Probleme und internationalen Widersprüche, die fortschreitende Gestaltungsunfähigkeit, Legitimations- und Glaubwürdigkeitskrise des demokratischen Systems und insbesondere der Parteien eine große Rolle. Viele Jugendliche sehen keine Möglichkeiten, die von ihnen gesehenen Probleme in diesem Rahmen zu lösen oder gar sich selbst wirksam daran zu beteiligen. Gewaltanwendung ist offenbar wesentlich wirksamer, auch in Hinsicht auf entsprechende Reaktionen der Medien und der Politik. Die häufigsten Reaktionen sind allerdings Resignation, politische Apathie und Vertrauensverlust. Der Rechtsextremismus stößt in diese Lücke und versucht sich als populistische "soziale Bewegung" und Alternative darzustellen, wobei ein eigentliches politisches Programm weitgehend fehlt und kaum eine Rolle spielt.

Die Zunahme von Rechtsextremismus und Gewalt ist untrennbar damit verbunden, wie "aus der Mitte der Gesellschaft", in den gesellschaftlich anerkannten Medien, Öffentlichkeiten und Organisationen mit Problemen umgegangen wird. Von zentraler Bedeutung sind die in den letzten Jahren immer weiter um sich greifenden rassistischen und anderen rechten Diskurse in der Gesellschaft und auch in der Politik (vgl. etwa die Diskursanalysen von Jäger) und die Zuweisung der Verantwortung für soziale Probleme an Zuwandernde und AusländerInnen als Sündenböcke, vorangetrieben insbesondere durch die Asyldebatte. Die demokratische Öffentlichkeit und auch die Sozialdemokratie ist diesen Diskursen viel zu wenig entgegengetreten, hat sie teilweise sogar aufgegriffen. Erst im Rahmen dieses nach rechts verschobenen gesellschaftlichen "Klimas" ist die wachsende Resonanz rechtsextremen Gedankenguts zu erklären. Auch die oben beschriebene allgemeine Unzufriedenheit und Gewaltbereitschaft bekommt durch diese Diskurse ihre Richtung bzw. ihre bevorzugten Opfer präsentiert. Zugleich senkt die zunehmende Darstellung von Gewalt in den Medien und Erfahrung von Gewaltanwendung zur Konfliktbewältigung -auch seitens der Staatsmacht- die Schwelle zur Akzeptanz und eigenen Anwendung von Gewalt.

Die Rechtsextremen können sich im gegenwärtigen Ausmaß als grundlegende Alternative auch deshalb profilieren, weil alternative linke Deutungsmuster und Praxisangebote (insbesondere für die sozialen Probleme und für die weltweiten Wanderungsbewegungen) und gesellschafts-politische Perspektiven in den vergangenen Jahren weit zurückgedrängt worden sind. Das immer offensichtlichere Scheitern der neokonservativen Politik führt bei Teilen der Gesellschaft zu einer Radikalisierung nach rechts. Dabei kann an den von den Konservativen und Liberalen propagierten Ideologien angeknüpft werden, denen die Sozialdemokratie nicht offensiv entgegengetreten ist. Zugleich sind sozialistische Alternativen durch das Scheitern des autoritären Staatssozialismus erheblich diskreditiert.

Rechtsextremistische Gruppen, Organisationen und Medien setzen in differenzierten und teils bewußt arbeitsteiligen Aktivitäten an diesen Bedingungen an. Dabei sind Jugendliche in besonderer Weise zugänglich. Sie suchen in hohem Maße Sinn, Orientierung und Gemeinschaft. Die Elternfamilie ist vielfach kaum in der Lage, soziale Einbindung zu gewährleisten, eigene berufliche und familiäre Bindung fehlt vielfach. Cliques und kulturelle

Zusammenhänge sind von großer Bedeutung. Abgrenzung und Provokation spielen eine große Rolle im Prozeß der Identitätsfindung. Rechtsextremistische Gruppen und zunehmend auch eine rechtsextremistisch geprägte kulturelle Szene bieten entsprechende Möglichkeiten. Aber das darf wie bereits ausgeführt nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrzahl der extrem rechts denkenden Jugendlichen durchaus sozial integriert sind und auch nicht in rechtsextremen Subkulturen verankert sind.

Von wachsender Bedeutung sind hier eher intellektuell orientierte Zusammenhänge und Medien, wobei es fließende Übergänge von offen rechtsextremistischen und neofaschistischen zu rechtskonservativen Publikationen und Organisationen gibt. Hier werden ideologische und politische Orientierungen entwickelt und diskutiert und damit sowohl Jugendliche insbesondere im studentischen Milieu angesprochen als auch in breite bürgerliche Öffentlichkeiten sowie in nicht nur rechtsextreme- Parteien und Verbände hineingewirkt.

## II. Gegenmaßnahmen

### a) allgemein

Eine umfassend angelegte Politik gegen Rechtsextremismus muß an all den genannten Bedingungsfaktoren ansetzen, ohne von bestimmten Maßnahmen nachweisbar durchschlagenden Erfolg zu erwarten. Patentlösungen gibt es auch hier nicht und Resultate sind nur im Gesamtzusammenhang und längerfristig zu erzielen und nachzuweisen. Die SPD muß versuchen, eine echte und glaubwürdige Alternative zur Politik der Konservativen und Liberalen darzustellen. Um das Potential für Rechtsextremismus zu minimieren und seine politische Bedeutung zurückzudrängen, sind von der SPD u.a. folgende Maßnahmen und Aktivitäten zu unternehmen, zu fordern und voranzutreiben, zu unterstützen und zu fördern:

\* wirtschafts- und sozialpolitische Reformmaßnahmen zur Lösung bzw. Reduzierung der genannten sozialen Probleme Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Unsicherheit und Ungerechtigkeit, und zum Ausbau sozialer Dienste und Entwicklung eines soziokulturellen Umfelds, das vielfältige Betätigungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für alle bietet;

\* eine Bildungs- und Berufsbildungspolitik, die allen Jugendlichen hohe und gleiche Bildungschancen und den Einstieg in eine qualifizierte Berufstätigkeit gewährleistet;

\* Maßnahmen zur Gleichstellung und Integration der hier lebenden Bevölkerung ausländischer Herkunft und zur sozialen Bewältigung der weiteren Einwanderung;

\* zukunftsorientierte Politik zur Bewältigung der ökologischen und internationalen Probleme, wobei der Zusammenhang zwischen der Wirtschafts- und Lebensweise und Politik (z.B: Waffenexporte) in den reichen Industrieländern, sozialer Ungleichheit, Armut, Umweltzerstörung und den weltweiten Wanderungsbewegungen verdeutlicht und zum Gegenstand der Politik gemacht werden muß;

\* offensive Auseinandersetzung mit rechten Ideologien aller Art (s.o.) und Propagierung aufklärerischer, humanistischer, demokratischer, sozialer, von der Gleichheit der Menschen ausgehender und solidarischer, also linker Wertorientierungen, Deutungsmuster und gesellschaftspolitischer Perspektiven;

\* Stärkung demokratisch ausgerichteter politischer Bildung in Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeitsleben, Medien und Verbänden; insbesondere problemorientierte historische

und politische Aufklärung und Aufarbeitung von Faschismus, Rechtsextremismus und Rassismus;

- \* politische und soziale Mobilisierung, Organisation und Aktionen gegen Rechtsextremismus;
- \* Verbot neofaschistischer und gewaltbereiter rechtsextremistischer Organisationen, Medien und Veranstaltungen (wobei die geltende Rechtslage bei entsprechend konsequenter Anwendung ausreicht); politische und gesellschaftliche Tabuisierung legal verbleibender rechtsextremer Gruppierungen, Einrichtungen, Medien und Parteien;
- \* konsequente polizeiliche und juristische Verfolgung und politisch-moralische Verurteilung rechtsextrem motivierter Gewalttaten und der Unterstützung oder passiven Hinnahme solcher Taten;
- \* Ausweitung demokratischer Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen in der Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen, moralische Erneuerung der Politik und der Parteien;
- \* Stärkung der Betätigungsmöglichkeiten und Förderung der Mitarbeit und Organisation in Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen (Wohlfahrtsverbände, Jugendverbände, politische Organisationen, Naturschutzverbände, Vereine etc.);
- \* sozialarbeiterische und kulturpolitische Aktivitäten zur Einbindung und Betreuung von Bevölkerungsgruppen und Milieus, die besonders stark für Rechtsextremismus anfällig sind, Förderung von und Verbindung mit örtlichen Netzwerken emanzipatorischer, antirassistischer und antifaschistischer Stadtteil- und Kulturarbeit;
- \* Zurückdrängung gewaltverherrlichender Darstellungen und der Verbreitung rechter Ideologien in den Medien, insbesondere in den öffentlich-rechtlichen und öffentlicher Kontrolle zugänglichen.

#### b) Schule und Jugendarbeit

Im Bereich von Schulen und Jugendarbeit sind in diesem Rahmen besondere Aktivitäten notwendig, nicht nur wegen der besonderen Ansatzpunkte für Rechtsextremismus bei vielen Jugendlichen, sondern auch, weil die Aneignung rechtsextremistischer Orientierungen durch Jugendliche längerfristige Auswirkungen auf ihr gesellschaftliches Verhalten und das politisch-ideologische Klima der folgenden Jahrzehnte haben kann. Einige noch zu ergänzende Stichworte sind:

- \* stärker projekt- und erlebnisorientiertes Lernen in den Schulen, das die Lebenswirklichkeit der SchülerInnen einbezieht, insbesondere bei der Aufarbeitung von Nationalsozialismus und Rassismus und bei der Problematisierung und Diskussion von Alternativen zur Anwendung von Gewalt (Friedenserziehung);
- \* politische Bildung muß einen größeren Stellenwert in den Berufsschulen und in der Ausbildung und im Rahmen der Arbeitnehmerweiterbildung erhalten und problem- und projektorientiert gestaltet werden;
- \* Öffnung der Schulen für Jugendverbände und Kooperation mit der Jugendarbeit;

- 22 -

\* Förderung der Arbeit demokratischer Jugendverbände und Erweiterung ihrer Möglichkeiten.  
\* Verstärkung der interkulturellen Erziehung in Schulen, Kindergärten usw.;

\* Förderung von Forschungen über rechtsextreme Orientierungen bei Kindern;

\* Erhaltung und weiterer Ausbau und Attraktivitätssteigerung des Angebots von Jugendfreizeitstätten öffentlicher oder anerkannter freier Träger und Förderung politischer Bildung und antirassistischer Aktivitäten in diesen Einrichtungen, d.h insbesondere auch Finanzierung kontinuierlich in der Jugendarbeit tätigen qualifizierten Personals;

\* Verstärkung erlebnisorientierter Angebote und Kulturarbeit und stadtteilbezogene Vernetzung der Jugendarbeit;

\* Ausbau gezielt aufsuchender Jugend- und Jugendsozialarbeit für gefährdete Gruppen zum Anbieten von Problemlösungen im Vorfeld von Gewalt, Rechtsextremismus und Straftaten, Förderung von Fan-Projekten etc.;

\* Bereitstellung pädagogischer und didaktischer Konzepte, Materialien und v.a. qualifizierten Personals (JugendbildungsreferentInnen) in den Städten und Kreisen zur Durchführung, Initiierung und Vernetzung politischer Jugendbildungsaktivitäten und zur Beratung von LehrerInnen und MultiplikatorInnen der Jugendarbeit in Hinsicht auf Aktivitäten gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen;

\* Durch eine entsprechende Förderung des Landes muß sichergestellt werden, daß z. B. der Essener Info-Koffer "Neonazismus und rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen" als ein wichtiges Hilfsmittel für die pädagogische Arbeit gegen Rechtsextremismus in der Jugendarbeit und in Schulen kontinuierlich aktualisiert und weiterentwickelt und seinen Zielgruppen möglichst breit zugänglich gemacht werden kann;

\* Entwicklung und Umsetzung kommunaler Handlungskonzepte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen unter Beteiligung der Jugendverbände;

\* Absicherung und Förderung kontinuierlichen Erfahrungsaustausches und Weiterentwicklung von Konzepten der Jugendarbeit gegen rechts und kontinuierliche Durchführung entsprechender Fortbildungen;

## TOP 8

### Schlußwort

Wegen der fortgeschrittenen Zeit wurde auf ein Schlußwort verzichtet.

Ende: 15.15 Uhr

### Anhang

## **Ansprache des Landesvorsitzenden der NRW-SPD Johannes R a u auf dem a.o. Landesparteitag am 05. März 1994 in Rheine**

Gabi Behler hat Recht, liebe Freunde: Wir sind eine fleißige Partei. Drei Parteitage in einem halben Jahr, jeweils ein Wochenende, familienfreundlich ist das nicht, aber es ist gut, wenn wir uns den Themen der Zeit zuwenden und wenn unsere Parteitage deutlich machen, daß wir uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen.

Heute reden wir über junge Menschen und was tut man, wenn man Landesvorsitzender ist seit 17 Jahren und ein bißchen wehmütig mit 63, davon 36 Jahre Delegierter, wenn man sich zurückerinnert, daß man vor 36 Jahren jugendpolitische Anträge begründet hat gegen den Zorn und die Uneinsichtigkeit der Alten und wenn man dann jetzt den Verdacht hat, vielleicht halten die mich auch für einen solchen uneinsichtigen Alten. Das macht ein bißchen wehmütig. Aber heute morgen ist diese Wehmut überstrahlt bei mir von großer Fröhlichkeit und von großer Dankbarkeit. Ich bin nämlich fröhlich darüber und dankbar dafür, daß es in dieser Nacht gelungen ist, den Streik von Deutschland abzuwenden. Viele von uns haben in den letzten Wochen und Monaten Gespräche geführt, Briefe geschrieben, telefoniert, damit man doch noch an einen Tisch kommt, damit eine Lösung gefunden wird in einer wirtschaftlich schweren Zeit, die bei allen Schwierigkeiten zumutbar ist. Ich bin froh darüber, daß das gelungen ist, und ich denke, das sollte auch dieser Parteitag bekunden, auch wenn man die Einzelheiten noch nicht erkennen kann, die da verabredet worden sind.

Liebe Freunde,

wir reden jetzt über Jugendpolitik. Hoffentlich nicht nur, hoffentlich reden wir auch über junge Menschen und mit jungen Menschen, und zwar nicht über sie hinweg. Hoffentlich nehmen wir die ernst, die in unserer Partei die Interessen junger Menschen wahrzunehmen versuchen, und hoffentlich wissen wir gleichzeitig, es gibt noch viele andere junge Menschen, deren Interessen werden nicht nur wahrgenommen von uns, in unseren politischen Gremien, es gibt auch eine Fülle junger Menschen, die haben das Gefühl, ihre Interessen werden gar nicht wahrgenommen.

Darum will ich als meine Meinung jedenfalls sagen: Noch wichtiger als alle Jugendverbandsarbeit, noch wichtiger als alle Jugendpolitik im engeren Sinne ist eine Politik, die jungen Menschen Lebenschancen und Arbeitsplätze gibt, denn die Jugendarbeitslosigkeit ist der eigentliche Skandal.

Das ist deutlich geworden bei den Gesprächen draußen, das habe ich erlebt und erfahren, als ich gestern abend in Nordwalde war, aber eigentlich ist das ja das tägliche Brot, das aus den Briefen spricht und aus den Gesprächen, die wir führen, daß es ein ungeheurer Skandal ist, daß wir in einem Land leben, das zu den reichsten der Erde zählt, und daß doch nicht genug Arbeit zur Verfügung für Menschen, die arbeiten können und die arbeiten wollen. Darum hoffe ich, daß wir das nicht kleinschreiben in den Beratungen dieser Stunde, daß wir mit Jugendlichen reden und nicht über sie.

Wir haben unseren Parteitag vorbereitet mit schriftlichen und mündlichen Anhörungen bis in die vergangene Woche. Franz Müntefering wird gleich den Leitantrag erläutern. Heinz Hilgers wird die Anregungen und Kritikpunkte der Jugendverbände zu unserem Leitantrag darstellen. Dabei muß uns deutlich sein: Das ist jetzt kein Schlußpunkt über eine jugendpolitische Diskussion, sondern es ist hoffentlich der Beginn einer konzertierten Aktion für junge Menschen.

Wir müssen nämlich Menschen dafür gewinnen in Betrieben und Gewerkschaften, Kirchen und Sportvereinen. Wenn wir sie gewinnen wollen, müssen wir uns ihnen stellen, denn was eine Gesellschaft für die nachwachsende Generation zu leisten bereit ist, das entscheidet über ihre eigene Zukunftsfähigkeit.

Wir wollen hören, welche Probleme Jugendlichen zu schaffen machen, und nicht nur erzählen, welche Probleme wir mit Jugendlichen haben. Wir wollen versuchen, stärker vor Ort präsent zu sein, wenn man uns braucht, und wir werden dann schnell erkennen, daß viele junge Menschen abweichen von dem Bild, das die Publizistik von ihnen zeichnet.

Ich habe jedenfalls festgestellt: Junge Menschen messen Werten wie Gerechtigkeit, Hilfsbereitschaft und Ehrlichkeit eine große Bedeutung zu. Ich habe festgestellt, die Sorge über den fehlenden Zusammenhalt der Menschen, über zunehmenden Egoismus quält auch junge Leute. Und gegen alle Panikmache bleibt festzuhalten: Die übergroße Mehrheit der jungen Menschen lehnt Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung entschieden ab. Das muß auch gesagt werden, damit nicht Jugend und Gewalt zu nahe zueinander gebracht werden. Das Gros unserer jungen Menschen ist selbstbewußt, zuversichtlich und gut informiert. Wir entdecken ein hohes Maß an sozialem Engagement, ein wachsendes politisches Interesse.

Wenn man Umfragen glauben darf, und das darf man für einen bestimmten Teil, dann sind neue Arbeitsplätze und der vernünftige Umgang mit öffentlichen Mitteln die ersten Interessen, die junge Menschen formulieren. Es gibt aber auch Unterschiede in der Wahrnehmung zu den Älteren, zu den Erwachsenen. Für Jugendliche folgen Umweltthemen und Abfallvermeidung, insbesondere die Sorge um gesunde und unbelastete Lebensmittel. Mehr Hilfe für die Pflege halten die 18- bis 24jährigen allerdings für weniger wichtig als die Gesamtbevölkerung - kein Wunder, daß die Gewichte so liegen.

Die Zahlen zeigen uns: Es gibt Übereinstimmung bei den wichtigsten Aufgaben, und es gibt bestimmte jugendspezifische Prioritäten. In allen Altersgruppen aber stellen wir viel Kritik an Politikern und politischen Parteien fest, Skepsis gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Ich finde, es ist ein Alarmzeichen, wenn die Hälfte der befragten Jugendlichen sagt, Politik hat mit mir und meinem Leben nichts zu tun. Dann ist es auch kein Wunder, daß fast zwei Drittel keiner politischen Partei mehr etwas abgewinnen können. Daraus zu schließen, die seien resigniert, ist falsch. Wir wissen, viele junge Menschen wollen sich einmischen, aber sie wollen sich nicht binden. Sie engagieren sich in Aktionsgruppen und nicht im Heimatverein, beim Kirchentag, aber nicht in der Gemeindearbeit, in der Bürgerinitiative, aber nicht in politischen Parteien, im Fitness-Center, aber nicht im Sportverein. Sie trauen politischen Parteien keine vernünftigen Antworten zu. Es darf für uns Sozialdemokraten keine Beruhigung sein, daß wir bei den Jungwählern im Vergleich zu den anderen Parteien noch am besten abschneiden.

Wir dürfen uns nicht mit der Rolle begnügen, daß wir unter den Blinden die Einäugigen seien und damit die Könige.

Aber vielleicht haben wir mit dem Parteitag in Wiesbaden Voraussetzungen geschaffen, uns selber der Jugend zu öffnen und uns nicht abzuschotten, auf sie zuzugehen und nicht zu warten, bis sie von selber zu uns kommt. Dann gelingt es uns, junge Menschen zu begeistern, sie zum Mitmachen, zum Einmischen zu gewinnen, und ich hoffe, daß dieser Parteitag dafür Signale gibt. Denn so falsch der Satz ist "Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft", so richtig ist der Satz "Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft". Deshalb müssen wir darüber reden, welche Probleme die Jungen haben und nicht darüber, welche sie uns bereiten.

Daß die Älteren über die Jüngeren skeptisch, kritisch denken, ist keine Neuigkeit. Wir haben das in einem Streit um die 68er Generation schon zitiert. Die Bemerkung "Die Jugend sei von Grund auf verdorben, böse, gottlos und faul" stammt nicht von Ludwig Erhard, sondern sie stand auf einer Lehmplatte, die über 3.000 Jahre alt ist und die im alten Babylon gefunden wurde. Also ist das Verhältnis zwischen Jung und Alt nie spannungsfrei gewesen und Nachgeborene sind immer auch Nachdrängende, und das fordert gelegentlich Klage und Verdacht heraus.

Es gab ja auch einmal eine Skepsis der Jungen gegenüber den Älteren, die war noch stärker als heute. "Trau keinem über 30", habe ich noch im Ohr. Aber wir Älteren sollten daran denken, daß Pablo Picasso einmal gesagt hat: "Man braucht sehr lange, um jung zu werden". Eine Frage der Geburtsurkunde ist das nicht, ob jemand jung ist und Elan hat, oder ob er alt ist und Erfahrung einbringt.

Wir brauchen das Zuschütten der Kluft zwischen den Jungen und den Alten. Dabei sollten wir Älteren wissen, das Jungsein ist auch eine Zeit, in der man gelegentlich auch mit Worten über die Stränge schlägt. Da muß man als Älterer geduldig sein. Denn wir brauchen eine Jugend, die sich nicht abfindet mit dem Status quo, die mit Mut zum Risiko Neues ausprobiert und die weiß, heute sind die Anforderungen an junge Menschen gewachsen. Sie erleben, daß Erfolgsorientierung über die Zukunftschancen des einzelnen entscheidet. Ein Soziologe hat gesagt, das sei nicht mehr die skeptische Generation von Helmut Schelsky, sondern das sei die geprellte Generation, der man die Zukunftschancen weggenommen hätte.

Nun haben wir es mit Bevölkerungsprognosen zu tun, die wir uns genau ansehen müssen, wenn wir zu einem jugendpolitischen Parteitag zusammenkommen. Denn in Nordrhein-Westfalen wird die Zahl derer, die bis zu 19 Jahre alt sind, noch sechs Jahre lang zunehmen, und es wird im Jahr 2.009 immer noch mehr Menschen im Alter von bis zu 19 Jahren geben als im Jahr 1992. Wenn man die Zahl der 16- bis 19jährigen ansieht, also die Zahl derer, die potentiell einen Ausbildungsplatz suchen, dann sind das jetzt 518.000 in Nordrhein-Westfalen. Es werden aber in fünfzehn Jahren 667.000 sein. Ich habe Euch diese Zahlen zugemutet, damit wir wissen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft werden die Jugendlichen keine zu vernachlässigende Restgröße sein, sondern es werden neue Anforderungen an uns gestellt, auch an die Solidarität zwischen den Generationen.

Wir kennen den sozialen Wandel der familiären Beziehungen, den Trend zur Ein-Kind-Familie, den wachsenden Anteil der Alleinerziehenden, die unterschiedlichen Vorstellungen von Partnerschaft, einen immer früher einsetzenden Ablösungsprozeß der Kinder von den Eltern und

die Konsequenz, die sich daraus für die Wohnungspolitik ergibt. Darum müssen wir uns allen Fragen stellen, die junge Menschen uns zurufen oder die sie verschweigen, weil sie von uns keine Antwort mehr erwarten.

Und wenn wir das nicht tun, dann wird auch im Verhältnis der Generationen aus Fremdheit Angst und aus Angst Haß. Wozu das führen kann, das haben wir gegenüber ausländischen Mitbürgern schmerzhaft erfahren. Das waren ja ein paar junge Menschen in Solingen. Ich frage mich noch heute, was hat die bewegt, was mag in den Herzen vor sich gegangen sein. Ich habe von vielen Antworten gehört, aber ich gestehe, ich bin nach wie vor ratlos, ich kann es mir nicht erklären. Ratlosigkeit aber, liebe Freunde, darf kein Vorwand sein für Tatenlosigkeit. Wir müssen nach den Ursachen für wachsende Gewaltbereitschaft suchen und da muß deutlich sein, und das müssen wir sagen, gegenüber Rechtsextremismus und Gewalt unter Jugendlichen wird es auch nicht den Anschein der Duldung geben, was Nordrhein-Westfalen angeht.

Wir müssen im Gespräch bleiben, auch mit denen, die für Gewalt anfällig sind, wenn man sie mir Argumenten noch erreichen kann. Junge Menschen pauschal auszugrenzen, fördert nur die Radikalisierung. Da, wo Straftaten begangen werden, alle Konsequenz in Verfolgung und Strafe, aber ich sage zugleich, dazu reicht das Jugendstrafrecht aus. Wir wollen es nicht verschärft wissen. Wir brauchen nicht Gitter für unsere Jugend, sondern Netze, um sie aufzufangen. Wir dürfen die jungen Menschen nicht abschließen, sondern wir müssen uns ihnen aufschließen, also nicht Jugendstrafe verschärfen, sondern Jugendschutz verbessern.

Die jungen Menschen sind ja nicht vom Himmel gefallen, sie sind Kinder unserer Gesellschaft, auch die, die Gewalt geübt haben. Sie leben in unserer Nachbarschaft. Da äußert sich der Orientierungslose, der verlassene Teil einer Generation, der sich flüchtet in haßerfüllte Verblendung. Die Fragen nach der Verantwortung fallen auf uns zurück. Und wer über gewalttätige und rechtsextremistische Jugendliche reden will, der darf nicht schweigen über die Bedingungen, unter denen viele Jugendliche heute leben müssen. Die jungen Menschen müssen sich in einer Gesellschaft zurechtfinden, die den einzelnen immer mehr sich selber überläßt und ihm dadurch ungeahnte Chancen bietet, ihn aber auch dem Risiko aussetzt, freischwebend abzustürzen in den Ruin der Arbeitslosigkeit, in die soziale Entwurzelung, in die seelische Verwahrlosung.

In der Zweidrittelgesellschaft ist die Gefahr des sozialen Abstiegs für Jugendliche sehr real, Protest und Aufruhr legt das nahe, das ist oft ein Nährboden für Extremismus. Ich wünschte mir, daß wir das in den Diskussionen deutlich machten. Sensationsmeldungen über wachsende Brutalität von Kindern sind nur die halbe Wahrheit. Sie können sogar ablenken von den wirklichen Problemen. Zugenommen hat nicht nur die Bereitschaft zu körperlicher Gewalt, sondern die Zahl der Arbeitslosen in Ost und West und die Dauer der Arbeitslosigkeit. Zugenommen hat im unteren Drittel unserer Gesellschaft Wohnungsnot, dramatisch zugenommen hat die Zahl der Jugendlichen und der Kinder, die von Sozialhilfe leben müssen. Es ist eine Million Kinder in Deutschland, die auf Sozialhilfe angewiesen sind!

Wenn man den Zusammenhang von Gewaltbereitschaft und sozialem Abstieg nicht wahrhaben will, wenn man sich nur entsetzt über wachsende Brutalität, wenn man in die Rolle des Biedermanns gerät, dann wird man zum Brandstifter und gefährdet den sozialen Frieden und die politische Stabilität. Darum fordern wir eine konzertierte Aktion für die jungen Menschen. Darum müssen wir bei den Problemen ansetzen die Jugendliche haben, und nicht bei den Problemen, die sie machen. Dazu gehört an erster Stelle die Arbeitslosigkeit.

Ende des vergangenen Jahres war jeder achte Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen jünger als 25. Die Zahl der Arbeitslosen in dieser Gruppe ist gegenüber dem Vorjahr um fast 16.000

gestiegen. Die Schwelle zwischen der betrieblichen Ausbildung und der Übernahme wird für junge Menschen zunehmend höher. Die jungen Postleute haben uns das heute morgen von sich erzählt. Im letzten Jahr haben sich 38.000 Jüngere nach Ende der Berufsausbildung arbeitslos gemeldet. Das sind 24 % mehr als im Jahr zuvor.

Die Arbeitsämter berichten uns vom Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Abiturienten suchen Ausbildungsplätze in den Betrieben, Facharbeiter drängen in Tätigkeiten für Angelernte und Ungelernte. Das schränkt die Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Leute mit niedrigen Abschlüssen, mit gesundheitlichen oder sozialen Problemen zusätzlich ein. Der Markt für Ausbildungsstellen gerät zunehmend unter Druck. Bei uns haben sich zum Jahresbeginn rd. 69.000 Bewerber gemeldet; das sind 5 % mehr als im Vorjahr, aber die Zahl der gemeldeten Arbeitsplätze ist 17 % niedriger als im Vorjahr. Diese Schere ist eines unserer großen Probleme. Das hat auch etwas mit der gegenwärtigen Konjunkturlage zu tun. Ganz besonders deutlich wird das in der Textil- und Bekleidungsindustrie, auch hier in Rheine, auch hier im Kreis in den Elektroberufen und in den Metallberufen, in den technischen Berufen.

Darum geht auch von hier noch einmal der Appell an die Betriebe ins unserem Land: Machen Sie aus dem Standortfaktor Berufsausbildung nicht kurzfristig einen Kostenfaktor allein, denn er ist nicht allein ein Kostenfaktor. Er ist auch ein Standortfaktor, wir müssen ihn nutzen. Es wäre doch fatal, wenn die gegenwärtig unbestreitbaren Probleme der Betriebe ganz zu Lasten der Berufsanfänger gingen. Wir brauchen doch, wenn die Konjunktur sich wieder belebt, junge Fachleute, die müssen doch vorher ausgebildet werden. Und darum muß es befristete Chancen zur Übernahme geben, damit berufliche Erfahrung erworben werden kann, damit man die Ausgangsposition auf dem Arbeitsmarkt verbessert.

Wir brauchen auch junge Menschen, die Freiräume suchen und nutzen, damit sie neue Wege gegen können. Was wir nicht brauchen, ist Panikmache mit dem Ziel, junge Menschen vom Studium fernzuhalten. Das brauchen wir nicht! Wir müssen die Chancen, die Wahlmöglichkeiten verbessern. Wir müssen sachgerecht aufklären über die Berufs- und Arbeitswelt. Das wäre soziale Entspannungspolitik, auf die die junge Generation setzt, und die deshalb ihren Namen auch verdient.

Laßt mich zum Schluß sagen: Wir sollten uns nicht einlassen auf die konservativen Zeitkritiker, die uns sagen, das sind alles die Folgen der antiautoritären Revolte von 1968. Die wollen eine Wende in der Pädagogik, die setzen auf hartes Durchgreifen. Ich kenne die Phasen deutscher Geschichte noch, in denen hartes Durchgreifen beliebt war und man meinte, auf diese Weise bringe man junge Menschen in Schwung.

Was autoritäre Erziehung anrichten kann, das hat uns die jüngste Vergangenheit gezeigt, und daß sich rechtsextremistische Orientierungen eher bei autoritär erzogenen Jugendlichen verfestigen, sagt uns jeder Fachmann. Nein, das Rad der Zeit wollen wir nicht zurückdrehen, wir brauchen Menschen, die selbständig handeln können, die flexibel und kreativ sind und Durchsetzungsfähigkeit zeigen, die auf Selbstbestimmung setzen und auf Mitbestimmung, die Raum für die eigene Entwicklung suchen, aber auch klare Grenzen erkennen. Ich halte mich an Friedrich Fröbel, der gesagt hat: Erziehung ist Beispiel und Liebe, sonst nichts. Ich glaube, das reicht.

Dabei werden wir sagen müssen, immer wieder, Freiheit ist etwas anderes als Beliebigkeit. Ernanzipation ist kein Freibrief für Egoismus, zur Selbstbestimmung gehört immer auch Selbstbindung, und Mitbestimmung ist ohne Toleranz nicht zu haben. Allerdings: Nur wer sich selbst akzeptiert, kann den anderen annehmen. Und nach aller Erfahrung nützen die etwas Eigensinnigen dem Gemeinwohl viel mehr als die ganz Angepaßten.

Erziehung zur Emanzipation schließt im Unterschied zu dem, was manche behaupten, die Vermittlung von Pflichtgefühl nicht aus, sondern ausdrücklich ein. Wen man das einsehen will, braucht man ein wenig Lebenserfahrung und ein Quentchen gesunden Menschenverstandes.

Wir brauchen keine Sorge zu haben, wir stehen nämlich für kulturelle Vielfalt, für ein Europa der Regionen, für lokale Heimatverbundenheit, und weil wir das tun, können wir dem Nationalismus eine Absage erteilen. Wir wollen Patrioten sein, wir wollen Leute sein, die ihr Vaterland lieben, aber nicht Leute, die die Vaterländer der anderen verachten. Das ist der Unterschied zwischen Nationalismus und Patriotismus.

Liebe Freunde, aber auch in der Erziehung ist das wichtig, was für die Politik gilt: Glaubwürdigkeit gewinnt man zurück, wenn man tut, was man sagt, und sagt, was man tut. So einfach ist das!

ltp/raulpt/kb

Protokollführung: Erika Opper/Birgit Zoerner

beglaubigt durch die Präsidiumsmitglieder  
Friedhelm-Julius Beucher und Christina Riesenbeck

---

IMPRESSUM:

SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 3, 40217 Düsseldorf  
März 1994

---

- 2 -

**MANDATSPRÜFUNGS- UND WAHLKOMMISSION**

Günter	H a r k e	Bezirk OWL
Dieter	H i l s e r	Bezirk NR
Volkmar	K r e t k o w s k i	LKK
Gisela	L e h w a l d	Bezirk WW
Wilfried	M i t t e l b e r g	LKK
Herbert	N i l g e s	LKK
Brigitte	R ü f e r - S c h l e i d	Bezirk MR
Rainer	V e r h o e v e n	LKK

**TOP 3****Beschlußfassung**

Die vorgelegte Tagesordnung und die Geschäftsordnung wurden einstimmig beschlossen.

**TOP 4****Ansprache**

Die Ansprache des SPD-Landesvorsitzenden **Johannes Rau** ist im Anhang dokumentiert.

**TOP 5****Bericht der Madatsprüfungskommission**

**Rainer Verhoeven** erstattete den Bericht über die Mandatsprüfung.

Von 319 Eingeladenen waren 297 anwesend. Es entfielen auf die Bezirke:

Westliches Westfalen	141 von 141
Ostwestfalen-Lippe	25 von 29
Niederrhein	61 von 73
Mittelrhein	51 von 57.

Der Landesvorstand (19) war vollzählig erschienen.